

## Neue Normalität? Oder zurück zum alten Wahnsinn

Hinsichtlich der Corona-Infektionen und Todeszahlen ist Österreich bisher mit einem blauen Auge davongekommen. Dass die sozialen Auswirkungen dramatisch sind und sein werden, ist aber bereits jetzt klar. Auch wenn die Regierung verschweigt wohin genau die zig Milliarden der Hilfspakete geflossen sind, wissen wir: Die gefeierten „HeldInnen des Alltags“, die vielen Arbeitslosen und kleinen Selbständigen schauen weitgehend durch die Finger. Und wenn für die Kosten der Corona-Krise nicht die Reichen zur Kasse gebeten werden, werden es wir sein.

Vor Corona waren sich alle PolitikerInnen einig: Das können wir uns nicht leisten! Egal ob es um faire Bezahlung und mehr Personal in Krankenhäusern, Kindergärten oder Betreuungseinrichtungen ging. Ebenso waren wirklicher Klimaschutz und gute soziale Absicherung für alle angeblich „zu teuer“. Überall und ständig wurde nach Einsparungspotentialen gesucht – in allen Ecken und Winkeln.

Innerhalb weniger Tage wehte der Wind dann plötzlich aus entgegengesetzter Richtung: Koste es was es wolle! Die 38 Milliarden Euro, die zu Beginn als Hilfspaket für Kurzarbeit, Kreditgarantien und Unterstützungsgelder angekündigt wurden, reichen schon längst nicht mehr. Egal, die Regierung lässt weiter Geld fließen. Von einem guten Teil davon profitieren große Unternehmen, die in den letzten Jahren massig Profit erzielt haben – manche bis zu dreistellige Millionenbeträge jährlich.

### Alle Krisen wieder

Es ist heute nicht anders als im Zuge der Wirtschaftskrise 2008/09: Die Profite landen in privaten Taschen und in Steueroasen, für die Verluste zahlen wir alle in Form von Steuern und Einsparungen. Die Vermögenden und Unternehmen rechtfertigen ihren Reichtum immer mit dem Risiko, das sie angeblich tragen würden. Tritt dieses Risiko tatsächlich mal ein, soll das Steuergeld aller ihr Privatvermögen retten. Als nächstes sind dann immer die Beschäftigten dran, weil angeblich „Alle“ ihren Beitrag leisten müssen. Sie sollen schlechtere Arbeits-

bedingungen und niedrigere Löhne akzeptieren, um einen Fortbestand des Unternehmens zu garantieren.

Diese vermeintliche „Standortsicherung“ wird mittlerweile seit Jahren und Jahrzehnten gegen die Arbeitenden benutzt. Gerettet wurden die Arbeitsplätze dadurch aber höchstens kurzfristig. Corona ist ein willkommener Anlass um eine neue Runde erpresserischer Angriffe zu starten: Von niedrigeren Kollektivverträgen (etwa in der Luftfahrtbranche) über geplante Sonntagsöffnungen im Handel bis hin zur Senkung der „Lohnnebenkosten“ für Unternehmen. Derzeit stehen hunderttausende Lohnabhängige vor

Ein Schlag ins Gesicht war diesbezüglich der miese Abschluss des Kollektivvertrags der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) im April. Statt der geforderten Arbeitszeitverkürzung auf 35h/Woche, gab es nur minimale Lohnerhöhungen und eine Stunde weniger Arbeitszeit in drei Jahren. Dabei organisierten sich viele KollegInnen in den letzten Jahren und bauten mit Streiks und Versammlungen immer wieder Druck auf. Der Gewerkschaftsführung war das anscheinend zu viel des Guten: Sie ergriff die Chance auf einen dreijährigen Abschluss, mit der sie die kämpferische Dynamik der Basis ins Leere laufen lassen will.

*Geld ist genug da, es ist nur eine Frage der politischen Prioritäten. Es liegt an uns genügend Druck aufzubauen, damit unsere Interessen gehört und gewahrt werden. Denn wie schon bisher wird es auch jetzt niemand anderer für uns richten.*

massiven Existenzsorgen, sie sind von Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Armut betroffen. Diese Notlage wird von Unternehmen und PolitikerInnen ausgenutzt.

### Vergessene HeldInnen

Mittlerweile scheint schon fast vergessen, dass die Beschäftigten der systemrelevanten Branchen als „HeldInnen des Alltags“ gefeiert wurden. Eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in diesen Bereichen steht derzeit nicht auf der politischen Tagesordnung. Die schlechten Arbeitsbedingungen und Löhne sollen weiterhin bleiben, statt Verbesserungen gibt es Schulterklopfen und bestenfalls kleine Einmalprämien.

### Genug Gründe zu kämpfen

Die politische Reaktion auf die Corona-Krise hat gezeigt: Geld ist genug da, es ist nur eine Frage der politischen Prioritäten. Es liegt an uns genügend Druck aufzubauen, damit unsere Interessen gehört und gewahrt werden. Denn wie schon bisher wird es auch jetzt niemand anderer für uns richten. Gründe gibt es genügend: Die versprochene, aber bisher nicht umgesetzte Optierungsmöglichkeit in das neue Gehaltsschema, Mangel an persönlicher Schutzausrüstung während Corona, ständiger Personalmangel, die geplante Pflegelehre ... Letztes Jahr war die Pflege auf der Straße sichtbar, machen wir damit weiter (nicht nur in der Pflege)!

## Unsere Stimme im Krankenhaus

### Pflegelehre

Die Corona-Krise wird von den Herrschenden genutzt, um allerlei schon länger geplante Vorhaben anzugehen. So auch die Einführung der Pflegelehre, die laut Wirtschaftsministerin Schramböck möglichst schnell umgesetzt werden soll. Statt den Pflegeberuf durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne attraktiver zu machen, sollen billige Arbeitskräfte gegen Personal-mangel und hohe Dropoutraten eingesetzt werden. <https://www.openpetition.eu/petition/online/nein-zur-pflegelehre>

### „Sehr vermögend“

Die Veröffentlichung des Ibiza-Videos hat gerade ihr einjähriges Jubiläum gefeiert – die Ermittlungen laufen. Doch nicht nur auf Ibiza wurde geplant, unser Steuergeld an Reiche zu verschenken. Dem „sehr vermögenden“ Betreiber der Privatklinik Währing, einem „sehr lieben Freund“ HC Straches, wurde anscheinend die Aufnahme in den Prikraf (Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds) zugesagt. Das Motto dahinter: Private Krankenhäuser und Ordinationen machen zwar reich, aber zusätzliche öffentliche Gelder machen noch reicher. Ibiza ist nur der Eisberg dieser Verstrickungen zwischen Vermögenden und Politik – der Sumpf ist wesentlich größer und tiefer.

### Corona + Kürzungen = Katastrophe

Die Corona-Pandemie hat auch eines gezeigt: Hohe Infektionszahlen und Todesfälle gab es vielfach in Ländern, in denen das Gesundheitssystem in den letzten Jahren und Jahrzehnten besonders von Leistungskürzungen, Einsparungen und Privatisierungen betroffen war. Ein weiterer guter Grund, um uns diesen Entwicklungen entgegenzustellen.

Wir hatten in Österreich bisher das Glück, dass die auch hier geforderte Reduzierung der Akutbetten noch nicht stattgefunden hat. Aber schon bei

### **Kundgebung: Reale Verbesserungen statt Applaus Im Gesundheitsbereich**

**Die Beschäftigten im Gesundheitsbereich haben genug von eurer Politik!**

**Wann?** Montag 22. Juni, 16:00 Uhr

**Wo?** Heldenplatz, Wien

Organisiert von **#Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** und **#Liste Solidarität**. Bei der Kundgebung wird auf die **Einhaltung von Abstandsregelungen** und **Maskenpflicht** geachtet.

der ersten Entspannung in der Corona-Krise haben neoliberale PolitikerInnen wieder ihre Forderungen nach Einsparungen bei den Betten herausgeholt. Lassen wir sie damit nicht durchkommen.

### Corona-Proteste in Europa

Trotz Corona-Krise und erst recht wegen der Corona-Krise haben in mehreren Ländern Krankenhaus-Beschäftigte für bessere Bedingungen protestiert. Mitte Mai hat das Personal einer Brüsseler Klinik der Regierungschefin bei ihrem Besuch demonstrativ den Rücken zugewandt. Denn: „Die Politiker kehren unseren Hilferufen ständig den Rücken.“ Nach Protesten von Beschäftigten hat in Frankreich der Premierminister höhere Löhne für das Gesundheitspersonal versprochen. Gleichzeitig könnte es zu Verschlechterungen bei den Arbeitszeiten kommen. Hinter der „Wertschätzung“ der Herrschenden verstecken sich oft Verschlechterungen. Kennen wir ja auch.

In Spanien, besonders in Madrid, organisieren sich KollegInnen und tragen ihren Protest auf die Straße. Die fehlende Schutzausrüstung während Corona hat dazu geführt, dass Beschäftigte im Gesundheitsbereich rund ein Fünftel aller Infizierten ausmachten. Der Widerstand richtet sich auch gegen die Privatisierung und Kürzungen im öffentlichen Gesundheitsbereich, dem seit der Wirtschaftskrise 2008 fast 29 Milli-

arden Euro entzogen wurden, während die privaten Gesundheitsbetriebe von der Politik hofiert wurden. Wir wünschen den KollegInnen viel Erfolg! Am Besten unterstützen wir sie durch unsere eigenen Kämpfe.

### Gefährliche Planlosigkeit!

Entgegen dem Krankenhausplan 2030 sollen nun zusätzlich weitere Bereiche aus dem Wilheminspital/Klinik Ottakring abgesiedelt werden. Das ist nicht das erste Mal, dass der Plan abgeändert wurde. Geplante Planlosigkeit! Nicht anders sieht es in Bezug auf den gesamten Gesundheitsbereich und die Krankenhäuser aus. Corona war ein Weckruf, um Probleme endlich anzugehen. Er hat gezeigt, wie schnell es gehen kann. Wenn wirkliche Notsituationen entstehen, bricht ein System, das ohnehin ständig an der Kippe ist, endgültig zusammen.

### Gesundheitsverbund

Dass es im Krankenanstaltenverbund seit Jahren nicht rund läuft ist klar. Ein neuer Name kann dabei über die Probleme nicht hinwegtäuschen. Personal-mangel, Bauchaos und Planlosigkeit bleiben weiter bestehen.

### Video: Pflegeproteste in Frankreich

Unter [tinyurl.com/y82s8gdl](https://tinyurl.com/y82s8gdl) gibt es ein Video zu den aktuellen Pflegeprotesten in Frankreich mit deutschen Untertiteln.